

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV 166

Bonn, den 2. September 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 3 Städtebau für morgen 144

Städtebau für morgen
Eine gesellschaftspolitische Aufgabe

Von Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau

4 - 5 Konfrontation mit Europa 76

Konfrontation mit Europa
SPD hat die konkretesten Europa-Vorstellungen

Von Egon C. Heinrich

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Brandt: Deutsch-polnisches Verhältnis vertiefen
Wehner: Sich als Nation bewähren
Mit der Jugend über Deutschland sprechen
Sudetendeutsche waren Objekt der Geschichte
Kardinalfehler der zuständigen CDU/CSU-Ministerien
Kontaktaufnahme zu Polen begrüßt
Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben

* * *

Städtebau für morgen

Eine gesellschaftspolitische Aufgabe

Von Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau

Städtebau, Stadtsanierung, Stadt- und Gemeindeentwicklung, Bodenrecht, Städtebauförderungsgesetz - noch nie sind diese Begriffe in der Öffentlichkeit so intensiv, zum Teil sogar leidenschaftlich diskutiert worden wie in den letzten Wochen und Monaten. Anlaß zu solchen Diskussionen und - bisweilen sehr heftig ausgetragenen - politischen Meinungsverschiedenheiten gaben die Beratungen über den Entwurf des Städtebauförderungsgesetzes, das am 2. Oktober 1968 vom Bundeskabinett verabschiedet und den parlamentarischen Gremien vorgelegt wurde.

Anfang Juli 1969 beendete der Deutsche Bundestag die Arbeit der fünften Legislaturperiode. Ein Konvolut verschiedenartigster Gesetze wurde noch in der buchstäblich letzten Minute verabschiedet; das Städtebauförderungsgesetz war nicht darunter. Die Gemeinden werden also weiter auf die dringend notwendigen gesetzlichen Grundlagen für eine planvolle Erneuerung und Entwicklung unserer Städte und Gemeinden warten müssen. Mehr noch - sie werden, obwohl die Finanzreform dem Bund die verfassungsrechtliche Grundlage zur Mitfinanzierung städtebaulicher Maßnahmen gegeben hat, weiter auf die unerlässlichen Finanzaufweisungen des Bundes warten müssen. Zukunftsweisende Planungen hängen in der Luft; die Chancen einer Realisierung sind wieder einmal, wenn vielleicht auch nicht endgültig aufgehoben, so doch aufgeschoben.

Dieses Ergebnis ist - richtig betrachtet - paradox. Die Notwendigkeit der Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes ist nicht von keiner Seite bestritten worden. Dennoch ist es in dieser Legislaturperiode nicht mehr verabschiedet worden. Eine Verabschiedung des Gesetzes wäre aber möglich gewesen, hätten die zuständigen Bundestagsausschüsse die wenigen noch notwendigen Sitzungstage anberaumt, um die noch offenen Fragen zu beraten, nachdem man über die Hauptpunkte der politischen Auseinandersetzung bereits Einigung erzielt hatte. Die SPD hat immer wieder mit Nachdruck auf eine Verabschiedung des Gesetzes gedrängt. Die von ihr beantragten Sondersitzungen der Ausschüsse sind jedoch abgelehnt worden. Wer aber die Notwendigkeit des Gesetzes bejaht, sollte auch bereit sein, die notwendige Zeit für die Beratungen aufzubringen.

- * Zu den Leidtragenden dieser von politischer Unentschlossenheit
- * bestimmten Entwicklung gehören viele Millionen Menschen in der
- * Bundesrepublik, gleich ob sie in städtischen oder ländlichen
- * Räumen wohnen. Denn die planvolle Erneuerung und Entwicklung un-
- * serer Städte und Gemeinden ist zu allererst eine Aufgabe von ganz
- * besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Wie kaum ein anderer Lebensbereich berührt die bauliche Umwelt den Menschen jeden Tag von neuem, sein ganzes Leben lang. Gerade deshalb wird die Frage: "Wo und wie leben wir morgen?" in der Öffentlich-

keit immer häufiger gestellt. Dem Menschen von Übermorgen bieten die Futurologen visionäre Lösungen an: Band- und Gitterstädte, Wohntürme, Städte auf Satelliten, Städte unter den Ozeanen. Noch aber sind unsere alten Städte auf der Erde nicht in Ordnung, sie kränken an ihren urbanen Funktionsschwächen. Viele unserer Städte sind im Mittelalter entstanden; Grundriß und Erscheinungsbild sind in vielhundertjähriger Geschichte geprägt worden. Die vielfach veraltete Bausubstanz und ihre auf agrargesellschaftliche Verhältnisse bezogenen Strukturen sind den heutigen Ansprüchen oft nicht mehr gewachsen. Hieraus erwächst ein umfangreicher Erneuerungs- und Entwicklungsbedarf.

Diese städtebaulichen Gegebenheiten, die vielfachen Unzulänglichkeiten, aber auch die bereits jetzt erkennbaren Entwicklungstendenzen auf den Gebieten der Soziologie, der Wirtschaft, Technik und des Verkehrs mit städtebaulichen Auswirkungen zwingen uns jetzt zum Handeln, wenn wir uns nicht später dem Vorwurf der Untätigkeit ausgesetzt sehen wollen.

- "Denn es dürfte kaum einem Zweifel unterliegen", schreibt Edgar
- Salin in einem Gutachten zum Städtebauförderungsgesetz, "daß in
- einer späteren Zeit unsere Generation danach beurteilt werden
- wird, was sie an Leistung auf diesem Gebiet vorzuzeigen hat"

Der Wohn-, Bildungs- und Freizeitwert eines Gemeinwesens, aber auch seine Leistungsfähigkeit zur Erfüllung der immer umfangreicher und bedeutungsvoller werdenden urbanen Funktionen sind entscheidend für die soziale Struktur einer Gemeinde. Sie sind die Voraussetzungen dafür, daß die Menschen sich in einer Gemeinde nicht nur wohlfühlen, sondern auch ein Leben führen können, wie es eines freien Menschen würdig und ihm angemessen ist, wie es unseren heutigen Anschauungen entspricht und den zukünftigen Entwicklungen gerecht wird. Wir werden erst dann befriedigende soziale Verhältnisse erreicht haben, wenn diese Probleme zufriedenstellend gelöst sind. Darin liegt der eigentliche gesellschaftspolitische Aspekt städtebaulicher Entwicklungs- und Erneuerungsmaßnahmen.

Tendenzen, die die städtebauliche Entwicklung und die sich daraus ergebenden Aufgaben in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bestimmen werden, sind schon heute abzusehen:

Die Entwicklung der Bevölkerung nach Zahl, biologischer und sozialer Struktur sowie räumlicher Verteilung wird sich entscheidend auf die Ausformung und Gliederung der Siedlungsstrukturen auswirken. Sie beeinflusst die Wahl des Standortes, der Umgebung und der Ausstattung von Wohnungen, Arbeitsplätzen, Verkehrs-, Versorgungs-, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen.

Wie in allen anderen Industrienationen der Welt werden der Verstärkerungsprozeß und die Bevölkerungswanderungen in die Verdichtungsräume auch in der Bundesrepublik weiterhin anhalten, in denen heute schon über 56 Prozent der Bevölkerung des Bundesgebietes leben. Fachleute schätzen, daß im Gebiet der Bundesrepublik 1995 bereits 65 Millionen Menschen in großen Verdichtungsräumen leben werden.

Von großer städtebaulicher Bedeutung sind dabei die Verschiebungen, die innerhalb der einzelnen Altersgruppen zu erwarten sind. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, aber auch die Zahl der Menschen über 65 Jahre wird bis zum Jahr 2000 steigen. Die durch-

schnittliche Haushaltsgröße wird sinken, die Zahl der Haushaltungen damit zunehmen. Wir können weiterhin davon ausgehen, daß mit der allgemeinen Steigerung des Lebensstandards auch die Ansprüche an die Lage, Größe und Ausstattung der Wohnungen steigen werden. Die Freizeit wird weiter zunehmen, die Menschen scheiden früher aus dem Arbeitsprozeß aus, gleichzeitig aber steigt die Lebenserwartung.

Die in der agrar-gesellschaftlichen Epoche gegensätzlichen Lebensweisen und Lebensansprüche zwischen ländlich und städtisch strukturierten Gebieten werden sich immer weiter an die der städtischen Räume anpassen. Hierzu tragen vor allem die immer weiterreichenden Verflechtungen auf allen Lebensbereichen bei, begleitet von den überall gleichmäßig angebotenen Informationen durch Massenkommunikationsmittel.

Hinzu kommen Veränderungen der wirtschaftlichen Entwicklung. Wirtschaft und Städtebau sind zwei sich gegenseitig beeinflussende voneinander abhängige Bereiche. Auf wirtschaftlichem Gebiet führen strukturelle Veränderungen in Produktions- und Vertriebsmethoden sowie eine Änderung der Standortfaktoren zu neuen Anforderungen hinsichtlich Art, Umfang und räumlicher Verteilung der Infrastruktureinrichtungen, aber auch des Wohnungsbaus. Andererseits können vorhandene städtebauliche Strukturen die wirtschaftliche Entwicklung eines Gebietes hemmen oder gar verhindern und dadurch städtebauliche Maßnahmen erforderlich machen.

Der Güter- und Personenverkehr, vor allem der Individualverkehr, werden wachsen. Die bereits heute drückenden Verkehrsprobleme werden sich dadurch weiter verschärfen. Lärm, Luft- und Wasserverschmutzung bedrohen heute bereits an vielen Orten die Gesundheit der Menschen. Mit einer weiteren Verschlechterung auf diesem Gebiet ist zu rechnen.

Gegebenheiten und Entwicklungstendenzen stellen die Aufgabe, sie erfordern eine zukunfts-gerechte Erneuerung, Anpassung und Entwicklung des Siedungsgefüges, wobei Entwicklungsmöglichkeiten für zu erwartende und vorhersehbare Veränderungen offen zu halten sind.

Es geht darum, jedem einzelnen die erforderlichen Start- und Lebenschancen zu bieten, die eine freie Entfaltung seiner Persönlichkeit ermöglichen. Das heißt, daß dem Bürger überall ein Angebot an Wohn-, Arbeits- und Bildungseinrichtungen, Versorgungsmöglichkeiten mit Gütern und Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich und an Erholungsmöglichkeiten zu sichern ist, das den Grundwerten einer freiheitlichen und sozialen Gesellschaftsordnung entspricht. In der neuen Legislaturperiode des Bundestages wird man deshalb die Arbeiten an dem Gesetzentwurf sofort und verstärkt wieder in Angriff nehmen müssen. Denn die Erhaltung, Sicherung und Verbesserung der Umweltsbedingungen des Menschen gehören zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben der Menschheit überhaupt. Dies ist in zahlreichen Entschlüssen und Verlautbarungen nationaler und internationaler Gremien in der letzten Zeit immer wieder gesagt worden. Wir sind gehalten, die Erneuerung und zukunfts-gerechte Gestaltung unserer baulichen Umwelt nach bestem Wissen und mit allen verfügbaren Kräften zu betreiben, orientiert an dem Gemeinwohl und den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft. Dies ist primär eine gesellschafts- und kulturpolitische Aufgabe ersten Ranges. Sie legt uns unserer Nachwelt gegenüber eine Verantwortung auf, der wir uns nicht entziehen können.

+ + +
Entnommen aus der letzten Ausgabe "Neue Gesellschaft"

Konfrontation mit Europa

SPD hat die konkretesten Europa-Vorstellungen

Von Egon C. Heinrich

Unter den zahlreichen Interessengruppen, die den Bundestagswahlkampf zum Durchsetzen ihrer Anliegen ausnutzen, gibt es auch einige wenige, die uneigennützig und dem Gemeinwohl dienende Ziele verfolgen. Dazu gehört etwa die Europa-Union Deutschland mit ihren über 30 000 Mitgliedern. Wenn die Europa-Union in diesen Wochen stärker als vor früheren Wahlen die Bundestagskandidaten mit ihren europäischen Forderungen konfrontiert, so tut sie dies nicht um eines materiellen Vorteils ihrer Mitglieder willen. Zweck dieser Wahlkampfaktionen der Europäer ist viel mehr, möglichst viele zum europäischen Engagement fähige und bereite Abgeordnete in den Bundestag zu bekommen. Die parteipolitischen Aspekte spielen dabei keine Rolle. Vielmehr werden die europäisch orientierten Kandidaten unterstützt, gleich welcher demokratischen Partei sie angehören. Diesem Ziel dient auch die von der Europa-Union Deutschland aufgestellte "Grüne Liste", mit der rund 50 Kandidaten der derzeitigen Bundestagsparteien den Wählern empfohlen werden.

Im Rahmen ihrer Wahlkampfaktionen veranstalteten das Generalsekretariat und der Kreisverband Bonn der Europa-Union in der Redoute in Bad Godesberg eine öffentliche Podiumsdiskussion zum Thema "Deutschlands Zukunft in Europa". Die SPD war dabei durch ihren Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischniewski, die CDU durch den Abgeordneten Dr. Kurt Birrenbach und die FDP durch ihren Bundesgeschäftsführer Dr. Hans Friedrichs vertreten. Die Diskussion erbrachte einerseits eine weitgehende Übereinstimmung über die grundlegenden Forderungen der europäischen Einigung. So sind alle derzeitigen Bundestagsfraktionen zur Abtretung von Souveränitätsrechten, zum Ausbau und zur Erweiterung der EWG sowie zu einer engeren außenpolitischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten bereit. In vielen Einzelfragen zeigten sich dagegen deutliche Unterschiede in Beurteilung und der Stärke des europäischen Einsatzes. Die FDP ist auf dem europäischen Auge noch ziemlich blind, sie scheint zu Europa noch immer kein richtiges Verhältnis gefunden zu haben. Der CDU-Abgeordnete Birrenbach stellte sich in einigen Punkten in Widerspruch zur Haltung anderer CDU/CSU-Abgeordneter. Auch die europäischen Bekenntnisse des Dr. Birrenbach konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß CDU und vor allem CSU zur Zeit allzu stark in das nationalistische Horn blasen.

Die Godesberger Europa-Diskussion war gekennzeichnet von dem jüng-

sten Rückschlag in der EWG-Agrarpolitik einerseits und von der Hoffnung auf baldige Fortschritte in der Beitrittsfrage andererseits. Hoffnungen in der Beitrittsfrage hegt man vor allem aufgrund der Juli-Tagung des Monnet-Komitees. Hans-Jürgen Wischnewski beurteilte es in diesem Zusammenhang als sehr positiv, daß der französische Wirtschafts- und Finanzminister Giscard d'Estaing dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa beigetreten ist. Die Diskussion zeigte deutlich, daß die konkretesten Vorstellungen und Wünsche in der Europapolitik von der SPD kommen. So bestimmte Hans-Jürgen Wischnewski mit seinen Forderungen nach der Direktwahl des Europäischen Parlaments, parlamentarischer Kontrolle der EWG-Milliarden, Gründung eines Europäischen Jugendwerkes, Abschaffung der Grünen Versicherungskarte und Respektierung der Mehrheitsregel im Ministerrat weitgehend die Thematik.

Als nahezu skandalös bezeichnete es Wischnewski, daß der EWG-Agrarfonds von über zehn Milliarden DM noch immer nicht parlamentarisch vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments soll auch eine Ausweitung seiner Befugnisse einhergehen. Bis jetzt habe das Europäische Parlament leider mehr einer "parlamentarischen Übungswiese" als einem wirklichen Parlament geglichen. Aus eigener Erfahrung berichtete Wischnewski, daß die Tätigkeit im Europäischen Parlament für einen Parlamentarier äußerst unbefriedigend sei. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, bei der Direktwahl des Europäischen Parlaments auch einzelstaatlich voranzugehen. Wischnewski bedauerte es, daß CDU, CSU und FDP 1965 den SPD-Gesetzentwurf zur Direktwahl der 36 deutschen Europa-Abgeordneten im Bundestag abgelehnt hatten.

Eine Abtretung von Souveränitätsrechten auf weiteren Gebieten ist für die SPD nur bei Schaffung einer wirklich parlamentarischen Institution und bei einer unabhängigen, supranationalen Exekutive annehmbar. Souveränitätsrechte könnten im Übrigen nur dann abgegeben werden, wenn die anderen europäischen Staaten zu gleichen Schritten bereit sind. Wischnewski kritisierte, daß die EWG-Marktordnungen so wenig Raum für Agrarimporte aus Osteuropa offenlassen.

Im ganzen bleibt der Eindruck, daß die großen deutschen Parteien nachdrücklich für rasche Fortschritte in der Europapolitik eintreten. Über die Vielfältigkeit der sachlichen Schwierigkeiten gibt man sich indessen keinen Illusionen hin. Aus den Ereignissen der jüngsten Wochen wurde der Schluß gezogen, daß jetzt eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungspolitik besonders dringlich geworden ist. In der Bevölkerung jedenfalls ist man nach wie vor durchaus bereit, jeden wirklichen Schritt in Richtung auf ein vereinigtes Europa zu unterstützen.